

# «Es geht vorerst nicht um Kontrolle»

**ROHSTOFFHANDEL** Der Kanton Zug will künftig bei Missständen der Branche genauer hinschauen. Zugs Volkswirtschaftsdirektor sagt, wie er sich das vorstellt.

INTERVIEW WOLFGANG HOLZ  
wolfgang.holz@zugerzeitung.ch

*Matthias Michel, ein früherer Zuger Stadtrat prägte einst den Satz: «Was gut ist für Marc Rich, ist gut für Zug.» Gilt dieser Satz nun nicht mehr?*

**Matthias Michel:** Ich weiss nicht, ob diese Aussage so gemacht wurde und in welchem Kontext. Wie auch immer: Aus meiner Sicht werte ich diese Aussage nicht als offizielles Behördenstatement. Sodann kann man privatwirtschaftliche Interessen nicht absolut gleichschalten mit öffentlichen. Ich nehme auch nicht an, dass solche Aussagen so gemeint waren, sondern dass sie auf die wirtschaftliche Bedeutung der Rohstoffbranche für unser Land aufmerksam machen wollten.

*Trotzdem: Der Kanton Zug will auf der Basis des «Grundlagenberichts Rohstoffe» des Bundes jetzt mehr Einfluss auf die Wirtschaftspraktiken der heimischen Rohstoffhändler nehmen. Wie kommts zu diesem plötzlichen Sinneswandel?*

**Michel:** Es ist eine konstante Haltung, dass wir nicht direktverbindlich Einfluss nehmen können: Die Kompetenz zur Regelung von Handels- und Wirtschaftsrecht liegt beim Bund. Wir bemühen uns aber im Rahmen unserer Möglichkeiten um mehr Transparenz, indem wir Fragen – etwa wie kürzlich in einer Interpellation gestellt – offen beantworten. Und indem wir vor zwei Jahren den Anstoss zur Gründung der Branchenvereinigung Zug Commodity Association gegeben haben, welche ihrerseits öffentlich für die Branche einsteht.

*Warum fürchten Sie plötzlich Reputationsrisiken für Zug – nachdem in all den Jahren zuvor ja schon Demonstrationen von Linken und Betroffenen aus der Dritten Welt in Zug immer wieder für internationales Aufsehen gesorgt haben?*

**Michel:** Die Frage der Reputation ist eine solche der Wahrnehmung: Frühere Aktionen haben eher lokal oder regional für Aufmerksamkeit gesorgt. Eine neuere Tendenz ist, dass multinationale Unternehmen – auch solche anderer Branchen – international mehr Aufmerksamkeit erhalten, sei es aus steuerlicher oder aus anderer Sicht. Von daher ist die Reputa-

Fehlende Standards sind in vielen Ländern, wo Rohstoffe abgebaut werden, eine Tatsache: Mitarbeiter einer südafrikanischen Goldmine.  
Keystone



tionsfrage heute viel globaler. Entsprechend sind auch die Standards international zu setzen.

*Also fehlt es auch in Ihren Augen Zuger Rohstoffhändlern an ethischen, menschenrechts- und umweltpolitischen Standards – zumindest in den Ländern, wo diese Rohstoffe abbauen lassen?*

**Michel:** Was konkret vor Ort geschieht, kann der Kanton selber nicht überprüfen. Es ist eine allgemeine Tatsache, dass in vielen Ländern, wo Rohstoffe abgebaut werden, Defizite bestehen betreffend Rechtsstaatlichkeit und Durchsetzung von Standards zum Beispiel bezüglich Arbeitsbedingungen und Umweltschutz. Gerade deshalb ist der Bundesrat in seinem Anliegen zu unterstützen, dass die demokratischen, juristischen und steuerpolitischen Kapazitäten in diesen Staaten zu stärken sind.

*In den Kantonen Genf und Waadt herrscht ja seit Jahren vornehme Zurückhaltung gegenüber Rohstoffhändlern – aus Angst, dass diese bei all-*

*fälliger Kritik ihnen den Rücken kehren könnten. Befürchten Sie ähnliche Konsequenzen von Glencore und Co., falls diese nun politisch nicht länger mit Samthandschuhen angefasst werden?*

**Michel:** Auch hier finde ich entscheidend, dass für alle Rohstoffunternehmen international dieselben Standards gelten. Von daher würde ich begrüssen, dass alle Länder, nicht nur westliche und einige in Afrika, zum Beispiel der «Extractive Industries Transparency Initiative» beitreten und damit gegenüber allen Rohstoffunternehmen dieselben Offenlegungspflichten bestehen. Es geht also darum, dass man die Branche überall mit denselben Handschuhen anfasst.

*Wie stellen Sie sich konkret die Mitarbeit Zugs beim Bund in Sachen Kontrolle der Rohstoffhändler vor?*

**Michel:** Es geht vorerst nicht um Kontrolle, sondern um die Erarbeitung von Standards: Gemäss dem Rohstoffbericht des Bundesrates sind die Kantone wie auch Unternehmen und NGOs zur Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe eingeladen,

welche Standards im Bereich soziale Verantwortung – «Corporate Social Responsibility» – erarbeiten soll.



**«Die Reputationsfrage ist heute viel globaler. Deshalb sind auch die Standards international zu setzen.»**

*Was heisst das konkret?*

**Michel:** Auch hier geht es um international gültige Standards. Zuerst müssen diese einmal erarbeitet werden und Gültigkeit erhalten. Dies dürfte ein langer

Prozess sein, da man einzelne Staaten rechtlich nicht zwingen kann, internationale Vereinbarungen abzuschliessen. Wer deren Umsetzung kontrolliert, ist dann in diesen Vereinbarungen zu definieren.

*Glauben Sie tatsächlich, dass das Überprüfen der jeweiligen Standards bei Zuger Rohstoffhändlern etwas bewirkt zum Wohl der Menschen in den Ländern der Dritten Welt? Oder ist das nur der Anfang für weitere Massnahmen?*

**Michel:** Ich glaube, dass nicht erst die Überprüfung, sondern bereits die öffentliche Diskussion um solche Standards und die Erwartung der Gesellschaft und der Staaten die Unternehmen zu selbstverpflichtenden Initiativen und Massnahmen bringt. Entsprechend finde ich auch richtig, dass gesellschaftliche Kräfte die Unternehmen zur Transparenz veranlassen. Auch ein Vertreter der kritischen entwicklungspolitischen Organisation «Erklärung von Bern» hat gesagt, dass es die richtige Kombination von zwingend und freiwillig vereinbarten Standards geben muss.

## Das Zitat



«In Indien wurden wir wie Prinzessinnen behandelt.»

Simona Santamaria war zusammen mit Viviane Dubacher in Südin Indien – für ihr gemeinsames Hilfsprojekt. 22

## Hirzeltunnel rückt nun in weite Ferne

**ABSTIMMUNG** Das Stimmvolk hat entschieden: Der Vignettenpreis wird nicht erhöht. Das hat auch Konsequenzen für Zug.

Die Vignette für die Schweizer Autobahnen wird künftig keine 100 Franken kosten. Für Zugs Strassenprojekte hat dies im Grossen und Ganzen keine negative Folgen. «Denn die Bundesförderungen für beschlossene Strassenprojekte im Kanton Zug, etwa die Umfahrung Cham-Hünenberg, werden über das Agglomerationsprogramm finanziert», versichert Baudirektor Heinz Tännler. Und dieses sei von den nun künftig fehlenden Zusatzlösen durch die verworfene Vignettenpreiserhöhung nicht betroffen.

So weit, so gut. Ein geplantes Projekt, das für die Erreichbarkeit des Kantons Zug noch wichtig wäre, wird aber aufgrund der Volksabstimmung jetzt wohl auf den Sankt-Nimmerleins-Tag ver-

schohen. Wenn es überhaupt noch gebaut wird. Die Rede ist vom geplanten Hirzeltunnel, der Zug besser ans Nationalstrassennetz in Richtung Ostschweiz anschliessen würde.

**Eminent wichtig für Kanton Zug**

Der Tunnel ist zweispurig geplant und soll nach derzeitigem Stand zirka 5 Kilometer lang sein. Er würde 500 Millionen Franken teuer sein und von Walterswil im Kanton Zug ins zürcherische Horgen führen. Für die Gemeinde Hirzel wäre er eine grosse Entlastung, denn dort wurden bereits im Jahr 2008 rund 20 000 Fahrzeuge täglich gezählt. Diese Zahl soll laut dem Komitee pro Hirzeltunnel trotz der neu gebauten Autobahn durchs Knouaeramt bald

wieder erreicht sein. Vor allem hätten die lästigen und auch aufgrund der engen Kurven gefährlichen und zeitraubenden Passfahrten über den Hirzel, hinter 40-Tönnern teils im Postkutschentempo herzuckelnd, ein Ende. Nun rückt der Bau dieses Strassentunnels wohl endgültig in unbekannte Ferne.

**Zürich zeigt sich dennoch positiv**

Denn wie Guido Biemann vom Bundesamt für Strassen (Astra) in Bern versichert, «hat sich der Bund durch die künftig fehlenden Zusatzeinnahmen durch die abgelehnte Vignettenpreiserhöhung von der Mitfinanzierung des Hirzeltunnels verabschiedet. Der Bund kann dieses Projekt nicht ins Nationalstrassennetz übernehmen und damit finanzieren», so Biemann, weil eben der entsprechende Netzbeschluss nun nicht zu Stande komme. Das bedeutet konkret, dass dem Kanton Zug zusätzliche Kosten von rund 200 000 Franken jährlich entstehen würden, falls die

beiden Kantone Zug und Zürich sich doch noch entschliessen würden, den Tunnel selbst zu bauen.

Doch der Kanton Zürich, dem jetzt im Wesentlichen die Federführung oblag für den allfälligen Bau des Hirzeltunnels, sieht das «Njet» des Bundes nicht so pessimistisch. «Der Kanton Zürich beabsichtigt trotz Nein zur Autobahnvignette, den Hirzeltunnel als langfristiges Projekt zu realisieren», versichert Jérôme M. Weber, stellvertretender Leiter Kommunikation der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion. Für den Kanton Zürich stellt der Hirzeltunnel neben der Glattal- und der Oberlandautobahn eine zentrale Netzerweiterung dar. Dies habe Regierungsrat Ernst Stocker auch an einer Medienkonferenz des überparteilichen Zürcher Komitees kundgetan. «Wir erwarten, dass der Bundesrat nun rasch Alternativvorschläge für die Finanzierung der Netzerweiterungen präsentiert.»

WOLFGANG HOLZ  
wolfgang.holz@zugerzeitung.ch